Im Browser öffnen

GROSSRATS-MAILING 10/25

{{ contact.BRIEFANREDE }},
im Hinblick auf die kommenden Sitzungen des Grossen Rats senden wir Ihnen unsere Stellungnahme. Wir sind Ihnen dankbar, wenn Sie diese Empfehlungen in Ihren Fraktionssitzungen sowie im Grossen Rat einbringen. Vielen Dank!
Herzlich, Ihr Gewerbeverband Basel-Stadt

ÜBERSICHT

Stellungnahme als PDF

Klicken Sie auf das jeweilige Traktandum um zur Stellungahme zu gelangen.

✔ **Traktandum 7:** «Areal F. Hoffmann-La Roche AG» - Bebauungsplan Grenzacherstrasse (Südareal)»; Zonenänderung, Aufhebung eines Bebauungsplans, Festsetzung eines neuen Bebauungsplans, Linienänderung sowie Abweisung von Einsprachen im Bereich Grenzacherstrasse, bs.Solitude-Park und Solitude-Promenade (Roche Südareal), Bericht der BRK sowie Bericht der Kommissionsminderheit und Mitbericht der UVEK (23.1509)

✘ **Traktandum 10:** Kantonale Volksinitiative betreffend "Keine Steuerschulden dank Direktabzug", Bericht der WAK sowie Bericht der Kommissionsminderheit (23.1670)

✔ **Traktandum 15:** Legislaturplan 2025–2029 (24.0180)

✔ **Traktandum 20:** Motion Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend die Delegation impfbezogener Verrichtungen an Pharmaassistentinnen und -assistenten (25.5320)

✘ **Traktandum 23:** Anzug Leoni Bolz und Konsorten betreffend weniger Verkehr in den Quartieren und einer erhöhte Verkehrssicherheit (25.5306)

✘ **Traktandum 26:** Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend Schnuppertagen in kleinen Unternehmen (25.5314)

✘ **Traktandum 44:** Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend Ergänzung des Gastgewerbegesetzes sowie der Verordnung zum Gastgewerbegesetz für Märkte, Stellungnahme des RR (25.5192)

✔ **Traktandum 47:** Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächige Entsiegelung von Parkplätzen, Schreiben des RR (23.5425)

✔ **Traktandum 48:** Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelte sowie ökolofisch aufgewertete Verkehrsinseln und Verkehrskreisel (23.5422)

✔ **Traktandum 50:** Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend Überwachung der Gebühren gemäss NörV, Schreiben des RR (21.5839)

✘ **Traktandum 59:** Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb, Stellungnahme des RR (25.5089)

Traktandum 7 (23.1509):
Bericht der BRK sowie Bericht der Kommissionsminderheit und Bericht der UVEK

AREAL F. HOFFMANN-LA ROCHE AG

Das Bebauungsplan-Geschäft zum Roche-Areal Süd betrifft weit mehr als die Zukunft eines einzelnen Unternehmens. Es steht sinnbildlich für die Frage, ob Basel-Stadt ein investitionsfreundlicher Standort bleibt oder ob Planungsprozesse künftig Innovation und Wirtschaftsentwicklung bremsen. Für den Gewerbeverband Basel-Stadt ist klar: Die Rahmenbedingungen müssen private Investitionen ermöglichen – nicht durch Überregulierung oder Denkmaldogmen behindern.

Die geplante Modernisierung des Areals sichert langfristig den Standort, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und schafft Aufträge für zahlreiche lokale Betriebe. Für Basel bedeutet das Investitionen in lokale Wertschöpfung, Lehrstellen, Handwerksaufträge und technische Innovationen.

Der sorgfältige Umgang mit historischer Bausubstanz ist wichtig, darf jedoch nicht dazu führen, wirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Entwicklungen zu blockieren. Bei Bau 52 hat Roche gemeinsam mit der kantonalen Denkmalpflege über mehrere Jahre hinweg verschiedene Varianten geprüft und unabhängige Fachgutachten eingeholt. Die Analysen zeigten deutlich: Das Gebäude weist gravierende Mängel beim Brandschutz, bei der Erdbebensicherheit und der Energieeffizienz auf. Eine Sanierung wäre nur mit massiven Eingriffen in die Struktur möglich – womit der ursprüngliche Denkmalwert faktisch verloren ginge. Nach dieser umfassenden Prüfung hat der Denkmalrat die Schutzfähigkeit von Bau 52 schliesslich verneint.

Roche hat den Entscheid sorgfältig vorbereitet und nachvollziehbar begründet – im Einklang mit der Klimastrategie Basel-Stadt 2037 und den eigenen Netto-Null-Zielen. Der Rückbau ist sachlich gerechtfertigt und notwendig, um den Campus nachhaltig weiterzuentwickeln. Eine politische Neuinterpretation im letzten Moment würde ein falsches Signal an den gesamten Wirtschaftsstandort senden.

kmu-check - Vorteile für KMU:
✔ Aufträge für lokale Bau-, Planungs- und Handwerksbetriebe
✔ Stärkung regionaler Wertschöpfung und langfristige Standortbindung
✔ Positive Signalwirkung für ein investitionsfreundliches Basel

► Wir bitten Sie, dem vom Regierungsrat vorgelegten Beschlussentwurf ohne Änderungen zuzustimmen und den Beschlussentwurf der Kommissionsmehrheit abzulehnen.

Traktandum 10 (23.1670):
Kantonale Volksinitiative betreffend

KEINE STEUERSCHULDEN DANK DIREKTABZUG

Bitte finden Sie unter folgendem Link die gemeinsame Stellungnahme vom Arbeitgeberverband Region Basel, dem Gewerbeverband Basel-Stadt und der Handelskammer beider Basel.

► Wir bitten Sie, die Volksinitiative zur Ablehnung zu empfehlen, den Gegenvorschlag der Kommissionsmehrheit anzunehmen und den Gegenvorschlag der Kommissionsminderheit abzulehnen.

Traktandum 15 (24.0180):

LEGISLATURPLAN 2025 - 2029

Der Gewerbeverband Basel-Stadt nimmt den Legislaturplan 2025–2029 zur Kenntnis und begrüsst die Bestrebungen, Basel als Innovations- und Wirtschaftsstandort weiter zu profilieren. Die gezielte Akquisition internationaler Grossanlässe ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der regionalen Wertschöpfung und zur Sichtbarkeit des Standorts. Der Gewerbeverband Basel-Stadt beschränkt sich in seiner Stellungnahme auf ausgewählte Themen, die für das Gewerbe besonders relevant sind.

Kritisch bewertet wird die Strategie zur Digitalisierung. Zwar plant die Verwaltung, digitale Angebote auszubauen und künstliche Intelligenz einzusetzen, doch die Realität sieht anders aus. Viele Bewilligungsverfahren sind weiterhin kompliziert, papierbasiert und wenig nutzerfreundlich. Der KI-Chatbot «Alva» zeigt exemplarisch, dass die Systeme noch nicht zuverlässig funktionieren. Für Unternehmen ist entscheidend, dass Gesuche effizient, transparent und vollständig digital bearbeitet werden können. Im Bereich der Digitalisierung braucht es einen klaren Ruck – hin zu praxistauglichen Lösungen, die Betriebe wirklich entlasten.

Es ist erfreulich, dass der Masterplan Berufsbildung im Fokus steht. Dieser ist ein wichtiger Schritt gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel. Damit er Wirkung entfaltet, muss er praxisnah ausgestaltet und gemeinsam mit den Betrieben umgesetzt werden.

Beim Klimaschutz und lebenswerter Stadtraum nimmt der Gewerbeverband Basel-Stadt die geplanten Vorhaben zur Kenntnis und betont, dass deren Umsetzung nur im engen Dialog mit der Wirtschaft erfolgreich sein kann. Ebenso muss die Mobilitätsstrategie die betriebliche Realität berücksichtigen – Handwerksbetriebe, Lieferdienste und Servicetechnik sind auf funktionierende Zufahrten und Parkierungsmöglichkeiten und einen verlässlichen Verkehrsfluss angewiesen.

Insgesamt ist der Legislaturplan sehr umfangreich und enthält zahlreiche Detailziele. Der Gewerbeverband Basel-Stadt warnt vor einer möglichen Verzettelung und davor, den Staatsbetrieb weiter aufzublähen. Erwartet wird eine Umsetzung, die den Fokus wahrt, den

Wirtschaftsstandort Basel nachhaltig stärkt und die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert.

kmu-check - Vorteile für KMU:
✔ Der Legislaturplan bietet viele Chancen – vorausgesetzt, die Umsetzung bleibt praxisnah, effizient und stärkt den Wirtschaftsstandort Basel-Stadt spürbar.

► Wir bitten Sie, den Legislaturplan 2025–2029 zur Kenntnis zu nehmen.

Traktandum 20 (25.5320):
Motion Lydia Isler-Christ und Konsorten betreffend

DIE DELEGATION IMPFBEZOGENER VERRICHTUNGEN AN PHARMAASSISTENTINNEN UND -ASSISTENTEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt unterstützt die Motion, die es Pharmaassistentinnen und -assistenten erlaubt, bestimmte impfbezogene Aufgaben zu übernehmen. Dadurch werden ihre Kompetenzen sinnvoll erweitert und der Beruf noch attraktiver gestaltet. Das stärkt das duale Bildungssystem und schafft neue Perspektiven für gut ausgebildete Fachkräfte.

Eine Anpassung der Heilmittelverordnung nutzt die bestehenden Ressourcen in Apotheken besser, ohne die medizinische Verantwortung zu verschieben. Sie steigert die Effizienz, entlastet die Teams und stärkt die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Nachbarkantonen. Basel zeigt damit, dass es ein moderner und praxisnaher Gesundheits- und Wirtschaftsstandort ist.

Die Motion ist wirtschaftlich wie bildungspolitisch sinnvoll. So kann Basel seine hohe Versorgungsqualität sichern und gleichzeitig die berufliche Bildung weiterentwickeln.

kmu-check - Vorteile für KMU:
✔ Apotheken sind meist KMU mit begrenztem Personal. Wenn technische Impfschritte an Pharmaassistentinnen und -assistenten delegiert werden, entlastet das die Apothekerinnen und Apotheker – der Betrieb kann flexibler und effizienter arbeiten.
✔ Mehr Verantwortung stärkt die Entwicklungsmöglichkeiten und macht den Beruf in der Apotheke noch attraktiver.
✔ Moderne und praxisnahe Rahmenbedingungen sichern die Wettbewerbsfähigkeit der Basler Apotheken und sorgen für faire Bedingungen im Vergleich zu anderen Kantonen.

► Wir bitten Sie, die Motion Lydia Isler-Christ und Konsorten dem Regierungsrat zu überweisen.

Traktandum 23 (25.5306):
Anzug Leoni Bolz und Konsorten betreffend

WENIGER VERKEHR IN DEN QUARTIEREN UND EINE ERHÖHTE VERKEHRSSICHERHEIT

Die Idee eines flächendeckenden Verkehrsberuhigungsprogramms mit mehr modalen Filtern und Begegnungszonen löst die Verkehrsprobleme Basels nicht. Schon heute ist die Stadt stark überlastet – mit regelmässigen Staus auf diversen Abschnitten. Für KMU, die auf verlässliche Verkehrsbedingungen angewiesen sind, ist das eine grosse Belastung.

Die Mobilitätsstrategie des Kantons hält fest: *"Die Verkehrspolitik schafft die Voraussetzungen für einen attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort. Eine gute Erreichbarkeit wird für den Personen- und den Güterverkehr gewährleistet."* Dieses Ziel darf nicht aus den Augen verloren werden - insbesondere mit Blick auf die zahlreichen anstehenden Grossprojekte wie den Fernwärmeausbau oder die Erweiterung des Tramnetzes, die den Verkehr in den kommenden Jahren zusätzlich belasten werden.

Weitere Einschränkungen wie künstliche Sackgassen, Diagonalsperren oder neue Einbahnstrassen würden die Situation weiter verschärfen. Statt den Verkehr zu beruhigen, würden sie ihn verlangsamen, Umwege erzwingen und die Erreichbarkeit von Betrieben und Kundschaft erschweren – mit spürbar negativen Folgen für das lokale Gewerbe und die wirtschaftliche Vitalität der Stadt.

Neue Verkehrsmassnahmen müssen auch die Bedürfnisse der Wirtschaft berücksichtigen. Das Gewerbe muss Kundinnen und Kunden weiterhin direkt und zuverlässig erreichen können. Basel braucht eine ausgewogene Verkehrspolitik, die alle Verkehrsmittel gleichbehandelt. Nur mit einem funktionierenden Verkehrsfluss bleibt die Stadt mobil und wirtschaftlich stark.

kmu-check - Nachteile für KMU:
✘ Zusätzliche Modalsperren gefährden Zufahrten für Handwerk und Lieferdienste
✘ Umwege und Staus führen zu Mehrkosten und Zeitverlusten
✘ Ständige neue Verkehrsversuche und Änderungen erschweren die langfristige Touren- und Einsatzplanung
✘ Widerspricht dem Ziel der kantonalen Mobilitätsstrategie, die eine gute Erreichbarkeit für Personen- und Güterverkehr sicherstellen will

► Wir bitten Sie, den Anzug Leoni Bolz und Konsorten dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Traktandum 26 (25.5314):
Anzug Pascal Pfister und Konsorten betreffend

SCHNUPPERTAGEN IN KLEINEN UNTERNEHMEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt anerkennt das Anliegen des Vorstosses, die Attraktivität der Berufslehre zu fördern und jungen Menschen frühzeitig Einblicke in verschiedene Berufsfelder zu ermöglichen. Die vorgeschlagene finanzielle Unterstützung für kleine Betriebe bei der Durchführung von Schnuppertagen lehnt der Gewerbeverband Basel-Stadt jedoch ab. Der Anzug sucht eine Lösung für ein Problem, das nicht besteht.

Viele KMU engagieren sich bereits freiwillig und mit grossem Einsatz in der Berufsbildung. Sie investieren Zeit und Aufwand, weil sie wissen, wie wertvoll ein persönlicher Einblick für Jugendliche ist. Schnuppertage sind für sie Teil einer langfristigen Nachwuchsstrategie – nicht eine Leistung, die durch staatliche Beiträge abgegolten werden sollte.

Statt neuer Förderinstrumente braucht es Rahmenbedingungen, die die Ausbildung von Lernenden insgesamt erleichtern. Weniger administrative Hürden, eine bessere Abstimmung zwischen Schulen und Betrieben sowie eine praxisnahe Berufsorientierung im Unterricht. Neue Subventionen würden nur zusätzliche Bürokratie schaffen und die Eigeninitiative der Betriebe schwächen.

KMU tragen aus Überzeugung zur Ausbildung junger Menschen bei, nicht wegen finanzieller Anreize. Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt den Vorstoss deshalb ab. Eine starke Berufsbildungspolitik braucht Eigenverantwortung und Vertrauen, nicht staatliche Vergütung und mehr Verwaltung.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✘ Finanzielle Anreizsysteme schaffen Bürokratie statt Entlastung
✘ Falsche Anreize, die die freiwillige Motivation der Betriebe mindern
✘ Kosten ohne strukturelle Verbesserungen in der Berufsbildung
✘ Mittelverschiebung in kurzfristige Subventionen statt in nachhaltige Reformen

► Wir bitten Sie, den Anzug Pascal Pfister und Konsorten dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Traktandum 44 (25.5192)
Motion Brigitte Kühne und Konsorten betreffend

ERGÄNZUNG DES GASTGEWERBEGESETZES SOWIE DER VERORDNUNG ZUM GASTGEWERBEGESETZ FÜR MÄRKTE

Märkte sind gesellschaftlich und wirtschaftlich wichtig. Sie beleben die Quartiere und schaffen Begegnungen. Marktstände und Gastronomiebetriebe müssen aber unter fairen und vergleichbaren Bedingungen arbeiten. Wer regelmässig Speisen oder Getränke verkauft, soll denselben Regeln folgen wie ein Restaurant – das garantiert Gleichbehandlung.

Eine Sonderregelung würde den Charakter der Märkte verändern: Sie könnten sich zu reinen Gastro-Treffpunkten entwickeln und ihren eigentlichen Zweck, die Nahversorgung, verlieren. Zudem wäre das ein Nachteil für bestehende Gastronomiebetriebe, die hohe Investitionen und Auflagen tragen. Das Ziel, lebendige Quartiere zu fördern, lässt sich auch mit den bestehenden Bewilligungen gut erreichen.

kmu-check - Nachteile für KMU:

✘ Sonderregeln führen zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber der Gastronomie

► Wir bitten Sie, die Motion Brigitte Kühne und Konsorten dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Traktandum 47 (23.5425):
Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend

GROSSFLÄCHIGE ENTSIEGELUNG VON PARKPLÄTZEN

Der Gewerbeverband Basel-Stadt hat diesen und zwei weitere Anzüge im Rahmen der Gegenkampagne zu den Stadtklima-Initiativen 2023 als sinnvolle Projekte zur Begrünung und Verbesserung des Stadtklimas befürwortet. Stadtbegrünung ist dort sinnvoll, wo sie mit wirtschaftlichen Interessen vereinbar ist. Der Regierungsrat verfolgt dabei einen pragmatischen Ansatz: Entsiegelung soll nur dort passieren, wo sowieso gebaut oder saniert wird. Positiv ist auch, dass weiterhin Beläge verwendet werden, die Wasser versickern lassen und Parkplätze nutzbar halten. Für KMU ist wichtig, dass sie gut erreichbar bleiben und die Infrastruktur funktioniert. So entsteht Stadtgrün mit gesundem Menschenverstand statt Symbolpolitik.

kmu-check - Vorteile für KMU:
✔ Die gewählten Beläge sind tragfähig für Kunden- und Mitarbeiterfahrzeuge und stellen sicher, dass Parkplätze auch im Alltag uneingeschränkt nutzbar bleiben
✔ Rasenfugensteine sind robust, pflegeleicht und leicht zu reparieren – ideal für stark frequentierte Gewerbeflächen

► Wir bitten Sie, den Anzug Brigitte Kühne und Konsorten als erfülllt abzuschreiben.

Traktandum 48 (23.5422):
Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend

ENTSIEGELTE SOWIE ÖKOLOGISCH AUFGEWERTETE VERKEHRSINSELN UND VERKEHRSKREISEL

Der Gewerbeverband Basel-Stadt hat diesen und zwei weitere Anzüge im Rahmen der Gegenkampagne zu den Stadtklima-Initiativen 2023 als sinnvolle Projekte zur Begrünung und Verbesserung des Stadtklimas befürwortet. Stadtbegrünung ist dort sinnvoll, wo sie mit wirtschaftlichen Interessen vereinbar ist. Der Regierungsrat verfolgt dabei einen pragmatischen Ansatz: Entsiegelung und Begrünung sollen nur dort gemacht werden, wo es technisch möglich und gut zu pflegen ist. Positiv ist auch die gezielte Umsetzung entlang der wichtigsten Achsen des Biotopverbundkonzepts und die gute Zusammenarbeit der Fachstellen. So wird die Umwelt gestärkt, ohne dass Verkehr oder Gewerbe darunter leiden.

kmu-check - Vorteile für KMU:
✔ Entsiegelungsmassnahmen werden technisch so umgesetzt, dass Verkehrssicherheit und Befahrbarkeit gewährleistet bleiben

► Wir bitten Sie, den Anzug Brigitte Kühne und Konsorten als erfüllt abzuschreiben.

Traktandum 50 (21.5893):
Anzug Andrea Strahm und Andrea Elisabeth Knellwolf betreffend

ÜBERWACHUNG DER GEBÜHREN GEMÄSS NÖRV

Der Regierungsrat bestätigt, dass die zentrale Forderung erfüllt ist: Die neue Gebührenverordnung hat keine zusätzlichen Kosten verursacht.

Der Gewerbeverband Basel-Stadt begrüsst zudem, dass die jährlichen Einnahmen künftig im kantonalen Jahresbericht veröffentlicht werden. Diese Transparenz schafft Vertrauen und hilft, Veränderungen bei den Gebühren früh zu erkennen.

Wichtig ist, dass das so bleibt: keine versteckten Kosten und keine neue Bürokratie. Die Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Raums müssen fair und stabil bleiben – zum Wohl der KMU, die auf Planungssicherheit angewiesen sind.

kmu-check - Vorteile für KMU:
✔ Planungssicherheit für KMU wurde gestärkt

► Wir bitten Sie, den Anzug Andrea Strahm und Konsorten als erfüllt abzuschreiben.

Traktandum 59 (25.5089):
Motion Ivo Balmer und Konsorten betreffend

RAHMENAUSGABEBEWILLIGUNGEN FÜR DEN AKTIVEN LANDERWERB

Der Gewerbeverband Basel-Stadt lehnt die geforderte Rahmenausgabebewilligung für den aktiven Landerwerb ab. Eine pauschale Bewilligung von 260 Millionen Franken würde den Kanton finanziell stark binden, den Immobilienmarkt verzerren und neue staatliche Strukturen schaffen, obwohl bereits heute geeignete Instrumente bestehen. Wenn der Kanton in diesem Umfang als Käufer auftritt, steigen die Preise künstlich, und private Investoren werden verdrängt. Der Staat würde damit eine marktbeherrschende Rolle einnehmen – mit negativen Folgen für Bauprojekte, Investitionen und die Handlungsspielräume der KMU.

Eine solche zusätzliche Ausgabe würde ausserdem den Kanton stark belasten und seine finanziellen Möglichkeiten einschränken. Schon heute gibt es genug gesetzliche Instrumente, um aktiv Bodenpolitik zu betreiben. Statt neue Rahmenkredite zu schaffen, sollte der Kanton diese Möglichkeiten besser nutzen und eng mit privaten Partnern zusammenarbeiten.

kmu-check - Nachteile für KMU:
✘ Marktverzerrung zulasten privater Investorinnen und Investoren
✘ Künstliche Preissteigerungen auf dem Immobilien- und Bodenmarkt
✘ Hohe finanzielle Belastung und langfristige Mittelbindung für den Kanton
✘ Aufbau zusätzlicher Verwaltung und Doppelspurigkeiten zu bestehenden Instrumenten

► Wir bitten Sie, die Motion Ivo Balmer und Konsorten dem Regierungsrat nicht zu überweisen.

Gewerbeverband Basel-Stadt
Elisabethenstrasse 23
Postfach
4010 Basel
+41 61 227 50 50
info@gewerbe-basel.ch

kmu-check abmelden